



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 07.07.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info und dnr-online.ru

Dan-news.info: Die Untergruppe der Kontaktgruppe zur Wirtschaft wird heute in Minsk Varianten der Wiederherstellung des Banksystems im Donbass erörtern, teilte der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin mit.

„Es gibt konkrete Vorschläge in der ökonomischen Untergruppe – es ist nicht möglich, das Banksystem vollständig wiederherzustellen, lassen Sie uns jeweils eine Abteilung eröffnen: in Donezk und Lugansk“, sagte er.

Nach seinen Worten sind die Republiken des Donbass bereits die Fragen der Sicherheit zu übernehmen. Außerdem hat Europa schon seine Hilfe angeboten.

Dabei unterstrich Puschilin, dass „für die ukrainische Seite die Erörterung beliebiger ökonomischer Themen äußerst schmerzhaft“ ist. „Wenn es zu konkreten Dingen kommt, tritt die Ukraine traditionell immer zu Seite“, fasste er zusammen.

Wir erinnern daran, dass zuvor die Agentur Tass berichtete, dass auf der Tagesordnung des Treffens in Minsk auch die Frage der Eröffnung von mobilen ukrainischen Banken entlang der Abgrenzungslinie aufgeworfen wird.

Dan-news.info: Die Dynamik des Verhandlungsprozesses der Kontaktgruppe in Minsk lässt Besseres zu wünschen übrig, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Die Dynamik des Verhandlungsprozesses lässt besseres zu wünschen übrig. Die Position der Ukraine im Verhandlungsprozess kann im Ganzen passiv genannt werden. Es gibt Fortschritte in der Untergruppen, aber sie erlauben es nicht, über eine Möglichkeit zu sprechen, dass ein vollwertiger Waffenstillstand abgesichert werden kann“, sagte er.

Nach seinen Worten ist zum großen Bedauern der Republiken des Donbass „kann von der Bestätigung einer abschließenden Version des Dokuments über den Abzug von Waffen mit einem Kaliber von weniger als 100 mm auch nicht gesprochen werden“.